(KR/WL)

Heute unter anderem zu folgenden Themen:

- Fannie und Freddie werden weitere Kapitalspritzen in Milliardenhöhe brauchen
- Bank für internationalen Zahlungsausgleich befürchtet Pleitewelle bei Heuschrecken-Opfern
- Die viertgrößte US-Bank, Wachovia, steckt tief im Strudel der Hypothekenkrise
- Schaeffler und Conti – Triumph der freundlichen Heuschrecken
- Von 100 Euro Bruttolohn erhalten Arbeitnehmer netto 64 Euro
- Weniger Geld für Arbeitslose
- Mitarbeiter klagen an – Miese Methoden bei H&M
- Maschmeyers letzte Party bei AWD – Eigner greifen durch
- Erneut peinliche Schlamperei im Einbürgerungstest
- Kohlekraftwerke statt erneuerbare Energien
- Aufrüstungsgebot, EuGH und Korruptionsanreize
- EU dreht Bulgarien den Geldhahn ab
- Italiens Regierungschef immun
- Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie
- Deutsche-Bank-Chef Ackermann wird im zweiten Anlauf Honorarprofessor

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Am Rande einer Kernschmelze**
   In nur 14 Tagen haben die beiden US-Hypotheken-Banken Fannie Mae und Freddy Mac nach Insolvenzgerüchten 50 Prozent ihres Börsenwerts verloren – seit Anfang des Jahres über 76 Prozent. Drei Viertel ihres "Marktwerts" lösten sich damit in Luft auf. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass die US-Finanzkrise in ihre nächste Runde geht – dieser war schlagend. Soviel ist absehbar – Fannie und Freddie werden weitere Kapitalspritzen in Milliardenhöhe brauchen, so dass der US-Regierung bei nächsten Mal nicht anderes übrigbleiben wird, als die beiden Hypotheken-Finanzierer zu nationalisieren. Kommt es zu einer solchen Rettungsaktion, dürften sich die US-Staatsschulden mit einem Schlag verdoppeln.
   Quelle: Freitag
2. **BIZ befürchtet Pleitewelle bei Heuschrecken-Opfern**
   Bis zum Ausbruch der Finanzmarktkrise im Sommer 2007 hatten "Private Equity"-Fonds keinerlei Probleme gehabt, so genannte "Leveraged Loans" (LL) zu erhalten. In der Folge hatten weltweit niedrige Zinsen, die hoher Risikoneigung der Finanzinvestoren und niedrige Konkursraten am Unternehmenssektor eine beispiellose Übernahmewelle ausgelöst, die alle PE-Booms der Vergangenheit in den Schatten gestellt habe. Nach dem aktuellen Paper Private equity and leveraged finance markets (2), der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (1) (BIZ), der "Zentralbank der Notenbanken" werden nach dem Übernahme-Boom der letzten Jahre nun bis 2010 aber für rund 500 Mrd. USD an derartigen Krediten Anschlussfinanzierungen benötigt, die im aktuellen Kreditmarktumfeld kaum zu erhalten sein werden. Angesichts der sich abschwächenden Konjunktur dürfte es den betroffenen Unternehmen zudem sehr schwer fallen, die erforderlichen Gelder aus den eigenen Cashflows aufzubringen.

   Die BIZ befürchtet eine Pleitewelle bei von "Private Equity"-Unternehmen übernommenen Firmen. Private-Equity-Fonds – die berüchtigten "Heuschrecken" – kaufen mit einem Fremdkapitalanteil von üblicherweise 65 bis 75 Prozent, oft aber auch bis zu 90 Prozent börsenotierte ("public") Unternehmen und nehmen sie von der Börse (daher "private"). Der Kaufpreis wird dann den übernommenen Unternehmen aufgebürdet, die Zinsen und Tilgung aus den erwirtschafteten Cashflows und durch den Verkauf von Unternehmensteilen aufbringen sollen.
   Quelle: Telepolis

3. **Wachovia mit 8,9 Milliarden Verlust**
   Die viertgrößte US-Bank, Wachovia, steckt tief im Strudel der Hypothekenkrise und hat einen Quartalsverlust von knapp neun Milliarden Dollar eingefahren. Als Reaktion darauf kündigte Wachovia am Dienstag den Abbau von rund 10.700 Stellen und die Kürzung der Dividende um fast 90 Prozent an.
   Quelle: FR
4. **Triumph der freundlichen Heuschrecken**
   Deutsche Familienfirmen trumpfen auf: Wie Schaeffler bei Conti versuchen sie immer öfter, börsennotierte Konzerne zu schlucken. Solche Übernahmen nützen den Unternehmen und der Wirtschaft, sagt Berater Peter May im SPIEGEL-ONLINE-Interview. Er glaubt, dass Eigentümer reinen Managern überlegen sind.
   Quelle: SPIEGEL

   Anmerkung KR: *Erst wird mit der Brechstange liberalisiert, um die unsichtbaren, anonymen Kräfte des Marktes wirken zu lassen. Doch statt aus dem angerichteten Schaden etwas zu lernen, wird nun personifiziert. Der SPIEGEL flüchtet sich in die Vorstellung, aufrechte, werteorientierte, teils auch religiöse Patriarchen könnten vor betriebs- wie gesamtwirtschaftlichen Problemen schützen.*

5. **Von 100 Euro Bruttolohn erhalten Arbeitnehmer netto 64 Euro**
   Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, blieben den vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe von 100 Euro Bruttolohn im Jahr 2006 nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialbeiträgen im Durchschnitt 64,41 Euro. Dies entsprach in etwa den Ergebnissen der Erhebungen in den Jahren 1995 und 2001 (65,23 Euro und 64,77 Euro). Die Beitragssätze der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung stiegen von 19,7% im Jahr 1995 auf 20,5% im Jahr 2001 und gingen leicht auf 20,4% im Jahr 2006 zurück.
   Quelle: destatis

   Anmerkung WL: *Da haben sich die Bundesstatistiker in Zeiten der „Mehr netto vom Brutto“-Kampagne wieder einmal die passende Überschrift ausgesucht. Nur 64 % netto vom Brutto, das hört sich gewaltig an. Es wird der Eindruck erweckt, als würden die Sozialbeiträge wie die Steuern einfach so abgezogen und als würden sie den Arbeitnehmern nicht in Form von Gesundheits- und Altersvorsorge oder im Notfall durch die Arbeitslosenversicherung auch wieder zugutekommen. Die Arbeitnehmer hätten deutlich weniger „Netto“, wenn sie diese Vorsorgeleistungen privat (und damit nicht statistisch erfassbar) finanzieren müssten.*

Solche tendenziösen Formulierungen sind einem „statistischen Bundesamt“ einfach nicht angemessen.

Siehe dazu auch:

Das ist ihr Verdienst
Quelle: Tagesspiegel

Anmerkung Orlando Pascheit: *Nun spielt also auch das Statistische Bundesamt im besonders bei Politikern beliebten Spiel mit: Was bleibt Netto vom Brutto. Und der tapfere Journalist vom Tagesspiegel lässt sich zusätzlich vom DIW in Gestalt von Viktor Steiner, bekannt durch seine stand(es)feste Haltung zu Mindestlöhnen., belehren, dass die Belastung für den Mittelstand zugenommen („zugeschlagen”) hätte. Ergo interessiert den Rechercheur nur, ob die “Krankenschwester über die Jahre einen – gemessen am Gehalt – genauso großen prozentualen Nettobetrag zurückbehält wie der Oberarzt.” Also wenn schon, lieber Journalist, würde uns doch eher interessieren, ob das reale, nicht das prozentuale Netto des Oberarztes gegenüber dem der Krankenschwester abgenommen hat. Einige Angaben zum Kapitaleinkommen der beiden würde das Bild abrunden. Mit anderen Worten:*

Die Brutto-Netto-Betrachtung ist doch nur eine Spiegelfechterei, hinter der Politiker und ihre Gehilfen die stagnierenden bzw. sogar sinkenden Löhne, das Auseinanderdriften bestimmter Arbeitnehmereinkommensgruppen und die wachsende Kluft zwischen Einkommen aus Arbeit und solchen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, also ihr wirtschafts- und sozialpolitisches Versagen, verbergen wollen.

Ergänzung G.K.: *Die Floskel vom “Mehr netto vom Brutto” soll von der sehr schlechten Entwicklung der realen Bruttolöhne und -gehälter ablenken: Während diese lt. Eurostat in Deutschland im 1. Quartal 2008 im Vergleich zum Jahr 2000 stagnierten, stiegen die realen Bruttolöhne und -gehälter im Durchschnitt der Alt-EU (EU-15) im gleichen Zeitraum um ca. 15 Prozent (in der Spitze: ca. +27 Prozent). Deutschland ist damit im Vergleich der Staaten der Alt-EU das Schlusslicht.*

Der in den vergangenen Jahren erwirtschaftete Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsprodukts ist somit vollständig den Beziehern von Gewinn- und Vermögenseinkommen zugeflossen. Ein Großteil hiervon dürfte als Spekulationskapital auf den internationalen Kapitalmärkten gelandet sein. Wären die Bruttolöhne und -gehälter der deutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt wie in den übrigen Staaten der

Alt-EU angestiegen, so wären dem Staat höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen zugeflossen. Dies hätte dazu beigetragen, die Abgabenquote konstant zu halten oder gar zu senken (die Steuereinnahmen aus den gestiegenen Gewinn- und Vermögenseinkommen sind demgegenüber auch aufgrund diverser Steuersenkungen der vergangenen Jahre vergleichsweise gering). "Mehr brutto" lautet somit die ökonomische Erfordernis, dies auch vor dem Hintergrund des negativen deutschen Lohndrucks auf die Einkommen der Arbeitnehmer in unseren europäischen Nachbarstaaten.

6. **Weniger Geld für Arbeitslose**
   Die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit haben die Mittel für die Förderung von Erwerbslosen deutlich zurückgefahren. Seit 2004 sanken die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik erheblich schneller als die Arbeitslosigkeit. So standen für diese Zwecke, also etwa für Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Eingliederungszuschüsse, im Jahr 2004 und damit vor den Hartz-Reformen insgesamt 18,7 Milliarden Euro zur Verfügung. 2007 waren es 14,6 Milliarden, was einem Minus von 22 Prozent entspricht. In diesem Zeitraum verminderte sich die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt jedoch nur um 13 Prozent auf 3,8 Millionen.
   Quelle: FR
7. **Mitarbeiter klagen an – Miese Methoden bei H&M**
   Bei der Modekette Hennes & Mauritz wird nach Gewerkschaftsangaben eine Mitbestimmung der Belegschaft systematisch erschwert. Das schwedische Unternehmen halte sich zudem in deutschen Niederlassungen nicht an Gesetze, Tarifverträge und Arbeitsschutzmaßnahmen, sagte Orhan Akman von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gegenüber Frontal21.
   Quelle: Frontal21
   Text: Mitarbeiter klagen an
   Video: H&M Mitarbeiter klagen an
8. **Eigner greift bei AWD durch**
   Der Mehrheitseigentümer Swiss Life nimmt den Finanzvertrieb AWD an die kurze Leine. Der Schweizer Versicherer ist nach Informationen aus Unternehmenskreisen alarmiert wegen hoher Kosten bei der deutschen Tochter. Analysten erwarten bei AWD einen Gewinneinbruch. AWD-Chef Carsten Maschmeyer war zuletzt sehr ausgabefreudig, obwohl der Verkauf von Finanzprodukten schlecht läuft. Er investierte viel Geld in eine Anwerbe- und Haltekampagne für Vermittler, in Fernseh- und Zeitungswerbung sowie in die 20-Jahres-Feier. Swiss Life will nun für "Planungs- und Kostendisziplin" sorgen.

Quelle: Handelsblatt

Anmerkung: *Das war wohl für die sparsamen Schweizer eine Party zu viel, die Carsten Maschmeyer unlängst veranstaltet hat. Siehe die Hinweise vom 14. Juli 2008 Ziffer 10*

9. **Erneut peinliche Schlamperei im Einbürgerungstest: «Die Wohnung ist unverletzlich»**
Die Frage 5 des Einbürgerungstests lautet: "Wen müssen Sie in Deutschland auf Verlangen in Ihre Wohnung lassen?" Dazu will das Bundesinnenministerium den Einbürgerungskandidaten vier Antwortalternativen vorlegen: den Postboten, den Vermieter, den Nachbarn oder den Arbeitgeber. Äußerst peinlich ist die Lösung: Vorgesehen ist der Vermieter. "Die offensichtlich vorgesehene Lösung 'Vermieter' ist falsch und abwegig", schreibt der Präsident des Deutschen Mieterbundes (DMB), Dr. Franz-Georg Rips, in einem offenen Brief an den Bundesinnenminister und studierten Juristen Wolfgang Schäuble (CDU). Rips fordert, die Frage ersatzlos aus dem Einbürgerungstest zu streichen. Noch peinlicher: Der Einbürgerungstest ist bereits anstandslos vom gesamten Bundeskabinett abgesegnet worden und soll schon zum 1. September eingeführt werden.
Quelle: Linkszeitung

Anmerkung KR: *Verglichen mit den Einschränkungen der Freiheitsrechte, die der Bundesinnenminister gerade plant, ist die Unverletzlichkeit der Wohnung auch für den Vermieter wohl eine so unbedeutende Nebensächlichkeit, dass Schäuble sie einfach übersehen hat.*

10. **UNEP sieht die globale Energiewirtschaft auf dem besten Wege zum Klimaschutz, doch hiesige Konzerne spielen mit gezinkten Karten**
Bei den erneuerbaren Energieträgern boomt es gewaltig. 2007 haben sie endgültig ihr Nischendasein hinter sich gelassen. Das belegen einmal mehr Zahlen, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) letzte Woche veröffentlichte. Demnach sind im vergangenen Jahr in den Ausbau der Fertigungskapazitäten und den Aufbau neuer Anlagen 148 Milliarden US-Dollar (rund 95 Milliarden Euro nach derzeitigem Kurs) gesteckt worden. Immerhin eine Steigerung um 60 Prozent, womit dieser Sektor zu den weltweit am schnellsten wachsenden Industriezweigen gehören dürfte. Auch 2005 und 2006 war er in der gleichen Größenordnung gewachsen.

Die UNEP-Autoren führen den Erfolg der Erneuerbaren auch auf die wachsenden

Schwierigkeiten zurück, mit denen Kohlekraftwerke zu rechnen haben.
In den USA (gibt es) die gleichen Auseinandersetzungen wie hierzulande, wo einerseits die meisten Energiekonzerne neue Kraftwerke planen, die aber andererseits in der Bevölkerung auf meist heftigen Widerstand stoßen. Wie die meisten Industrieländer müssen nämlich auch die Vereinigten Staaten in den nächsten ein bis zwei Jahrzehnten den größten Teil ihres Kraftwerkparks ersetzen, da dieser in die Jahre kommt. Hierzulande sieht es ganz ähnlich aus, nur dass sich offenbar, wenn man einem Bericht der Zeitschrift Capital trauen darf, die Bundesregierung im Stillen mit den vier großen Energiekonzernen gerade darauf verständigt hat, dass die alten Kohlekraftwerke länger laufen sollen.
Quelle: Telepolis

11. **Arbeitsminister Olaf Scholz im STERN**
Zur Linkspartei zog Scholz … eine scharfe Trennlinie: "Die Linkspartei verspricht, was den Betroffenen nicht hilft: Anstrengung ist nicht nötig, Geld gibt es auch so. Sie will die Misere nur erträglich machen."
Quelle: STERN

Anmerkung KR: *Wo und wann hat die Linkspartei so etwas behauptet?*
Dieser Versuch, Kritik an den (selbst geschaffenen!) sozialen Verhältnissen zu üben und sich gleichzeitig von der Linkspartei abzusetzen, ist unglaublich primitiv und lässt nur einen Schluss zu: Die SPD hat noch immer kein Konzept gefunden, um ihren eigenen Niedergang aufzuhalten. Nur in einem ist die SPD Spitze: In der Organisation einer für alle ihre Mandatsträger geltenden Sprachregelung. Wiederholen, wiederholen, wiederholen – dann wird die Lüge zur Wahrheit und geht in die Geschichte ein (George Orwell).

12. **500-Millionen-Zusage wettbewerbswidrig – EU kippt Garantien für DHL in Leipzig**
Der Freistaat Sachsen hat die Pakettochter der Post, DHL, unter anderem mit millionenschweren Garantiezusagen nach Leipzig gelockt – um hier ein neues Frachtdrehkreuz zu errichten. Pech für die Post: Die Zusagen von bis zu 500 Millionen Euro sind wettbewerbswidrig, entschied jetzt die EU. Das Unternehmen gibt sich trotzdem gelassen.
Quelle: FAZ
13. **Wenn die Frau Assistentin eines EU-Abgeordneten ist**
EU-Abgeordnete dürfen nun doch bis 2014 weiter ihre Ehefrauen und Ehemänner,

Beziehungspartner, Kinder und enge Verwandte mit lukrativen Assistentenverträgen des EU-Parlaments versorgen. Dafür dürfen sie ihnen monatlich bis zu 15 496 Euro überweisen. Das jährliche Gesamtbudget für Assistenten beträgt 140 Millionen Euro.

Wie unsere Zeitung erfuhr, hat es von EU-Parlamentspräsident Hans-Gert Pöttering (CDU) und den Vizepräsidenten eine vertrauliche Abstimmung über "Altfälle" gegeben. Per Beschluss hoben sie vergangenen Montag – bislang unbemerkt von den meisten Parlamentariern – ein Verbot der Anstellung von Familienangehörigen wieder auf, indem sie eine neue Übergangsfrist für Assistenten bis zum Jahr 2014 schufen. Sie gilt auch für Familienmitglieder der EU-Abgeordneten. Das Verbot, die ganze Familie einzustellen, war erst im Mai 2008 mit sehr großer Mehrheit beschlossen worden und sollte bereits ab 2009 gelten.
Quelle: Der Westen

Anmerkung WL: *Die EU-Abgeordneten selbst erhalten eine Entschädigung von über 7. 339 Euro brutto pro Monat, dazu eine Erstattung von dienstlichen Aufwendungen von 4052 Euro, ein Tagegeld (bei Anwesenheit) von 287 Euro. Heide Rühle, EU-Abgeordnete der Grünen, hat diese Posten dankenswerterweise für sich transparent gemacht. Wir beteiligen uns nicht an der populistischen Polemik gegen die Höhe dieser Einkünfte. EU-Abgeordnete dürfen allerdings auch Spenden von Sympathisanten, Unternehmen oder Verbänden in unbegrenzter Höhe entgegennehmen.*

Was nicht geht ist, dass EU-Abgeordnete auch noch ihre Familienangehörigen als Assistenten oder Assistentinnen beschäftigen und dafür recht opulente Gehälter bezahlen. Wir wissen zwar, dass auch viele Selbstständige Familienangehörige, die keine angemessene Gegenleistung erbringen, als Angestellte führen und steuerlich vom Betriebsergebnis absetzen, aber die Abgeordnetentätigkeit darf kein Familienbetrieb sein.

14. **Aufrüstungsgebot, EuGH und Korruptionsanreize**
Ein Interview mit Professor Karl Albrecht Schachtschneider zum Lissabon-Vertrag, Teil 2

Es ist ganz eindeutig, dass das Aufrüstungsgebot im Artikel 42 Absatz 3 besagt, dass die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, ihre militärischen Fähigkeiten zu stärken. Das ist eine ganz allgemeine Aufrüstungsverpflichtung, die sicherlich ein ganz wesentlicher Teil des Vertrages ist. Ich denke, dass man auch aus diesem Grund den

Vertrag unbedingt durchsetzen will.
Quelle: Telepolis

15. **EU dreht Bulgarien den Geldhahn ab**
Zu viel Geld verschwindet in dunklen Kanälen: Jetzt hat die EU Zahlungen in Höhe von einer halben Milliarde Euro an Bulgarien gestoppt
Quelle: FR
16. **Italiens Regierungschef immun**
Der italienische Regierungschef Silvio Berlusconi ist künftig vor Strafverfolgung geschützt – ein neues Gesetz garantiert ihm Immunität.
Quelle: FR

Kommentar Orlando Pascheit: *Natürlich muss die Kommission Zahlungen an ein Mitgliedsland stoppen, wenn das Geld in dunklen Kanälen zu verschwinden droht. Es ist ja schließlich Geld des europäischen Steuerzahlers. Dennoch bleibt ein übler Nachgeschmack, wenn man die beiden Meldungen hintereinander liest. Für die Verfasstheit der Europäischen Union ist das jahrelange Wegsehen im Falle Berlusconi weitaus gefährlicher, als die etwas dümmlichen Versuche in den beiden ärmsten Beitrittsländern, öffentliches Geld zu privatisieren.*

So traurig es ist, dass es Berlusconi mit seinem Medienimperium gelingen kann, viele Millionen italienischer Köpfe zu verwirren, Europa macht dieses Agieren durch Stillhalten hoffähig. Wo bleiben die Initiativen der Kommission, des Parlaments und der europäischen Staaten, solche eine Medienmacht in einer politischen Hand zu untersagen? Wie glaubwürdig ist Europa, wenn es bestimmte Auswüchse der weit verbreiteten Korruption in osteuropäischen Transformationsländern geißelt, aber einen kriminellen Milliardär an der Spitze eines alten europäischen Kernlandes davonkommen lässt, ja mit ihm zusammenarbeitet. Europa darf es nicht egal sein, dass durch die Justizreform Berlusconis – zu seinen Gunsten – die Gewaltenteilung in einem Mitgliedstaat der EU in Frage gestellt wird.

17. **Afghanistan: Institutionen ohne Demokratie**
Afghanistans Präsident Karzai geht trotz andauernder Erfolge der Taleban in die Offensive. Nach seinen Vorstellungen soll bis 2013 die alleinige politische Verantwortung an eine souveräne afghanische Regierung übergehen. Eine im Juni erschienene Studie der in Berlin ansässigen Stiftung für Wissenschaft und Politik hat nicht zuletzt unter dem Eindruck derartiger Ziele die realen Machtverhältnisse am

Hindukusch untersucht. Wir dokumentieren eine gekürzte Fassung des Kapitels über "stabilisierungshemmende Faktoren".
Quelle 1: Freitag
Quelle 2: Stiftung Wissenschaft und Politik

18. **Interview: "Amerika besinnt sich jetzt"**
… doch ob Barack Obama wirklich Präsident wird, bezweifelt Harry Belafonte. Ein Gespräch über Rassismus in den USA.
Quelle: FR
19. **Im ARD-Morgenmagazin trifft Reich Arm**
Die ARD nimmt sich der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft an und lässt eine wohlbestallte Professorin für Unternehmensberatung auf eine alleinerziehende Mutter und Hartz IV- Empfängerin treffen.
Quelle: ARD (Video)

Anmerkung von H. Holdack: *Ich möchte Sie gern auf neue (oder besser: wiederholte) "Blüten" der täglichen Medienberichterstattung aufmerksam machen. Auch heute habe ich wieder den Kurzbericht im ARD-Morgenmagazin gesehen zum Thema: "Arm trifft Reich". Ich frage mich nun, wozu dient diese Art von öffentlich-demütigenden Beiträgen hinsichtlich einer ganzen Bevölkerungsgruppe? Wird damit erneut der mittlerweile zum Medien-Volkssport avancierten Berichterstattung GEGEN Hartz-IV Empfänger gefrönt? Wohlgemerkt: und das auch zu einer der besten Sendezeiten, wo nämlich die "Leistungsträger" noch zwischendurch einen Blick ins Fernsehen werfen, dann noch rasch einen Schluck Kaffe "einatmen" , um sich dann auf den Weg zu ihrer "leistungsträchtigen" Arbeit zu machen! Dies passiert doch nun schon zum x-ten Male, dass ALG 2-Empfänger in den Medien immer und immer wieder regelrecht "v o r g e f ü h r t" werden. Wozu dies alles? Um die sog. "Leistungsträger" in noch strahlenderem Lichte erstrahlen zu lassen? Mich macht so etwas wütend und betroffen.*

20. **Deutsche-Bank-Chef Ackermann wird im zweiten Anlauf Honorarprofessor**
Im zweiten Anlauf ist Deutsche-Bank- Chef Josef Ackermann (60) zum Honorarprofessor der Frankfurter Universität berufen worden. Ungeachtet der Kritik von Studenten- und Gewerkschaftsvertretern stimmte der Senat der Hochschule am Mittwoch einem Antrag des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften «mit überwältigender Mehrheit» zu, wie die Goethe-Universität mitteilte. Ackermann war 2005 bei seiner Ernennung wegen des noch laufenden Strafverfahrens im Mannesmann-Prozess gescheitert. Insgesamt hat die Hochschule 137 Honorarprofessoren. Neben Ackermann erkannte der Senat auch dem

Vorstandsvorsitzenden des Frankfurter Flughafenbetreibers Fraport, Wilhelm Bender (63), den Titel zu.

Die Ernennung Ackermanns ist umstritten. Der Allgemeine Studenten- Ausschuss (Asta) der Universität und die Wissenschaftsgewerkschaft GEW sehen darin ein falsches Signal. Sie kritisieren Ackermanns Entscheidung von 2005, trotz Milliardengewinnen bei der Deutschen Bank Tausende Jobs zu streichen. Der Mannesmann-Prozess wegen Untreue beziehungsweise Beihilfe zur Untreue gegen Ackermann und fünf weitere Angeklagte war Ende 2006 gegen eine Geldauflage eingestellt worden.

Universitätspräsident Rudolf Steinberg sagte, die Ernennung von Ackermann und Bender biete «eine hervorragende Basis für die weitere Verknüpfung von Theorie und Praxis im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften». Laut Universitätssatzung haben Honorarprofessoren eine Lehrverpflichtung von mindestens zwei Semesterwochenstunden.
Quelle: Frankfurter Neue Presse

Anmerkung WL: *Wie schon einmal gesagt, die Stiftungsuniversität Frankfurt muss vermutlich noch viele „Stifter“ zu Honorarprofessoren machen, wenn sie an privates Geld kommen will. Der Begriff Honorarprofessor bekommt hier eine ganz neue Bedeutung, nämlich Professor gegen Honorar.*

21. **Zu guter letzt:**

Wolfsschanze und Dirk Nowitzki
Satirische Anmerkungen zum geplanten “Einbürgerungstest”.
Quelle: Freitag

Hinweis in eigener Sache:
Am 17. Juli haben wir in den Hinweisen des Tages unter der Überschrift „Schreckgespenst Altersarmut: Was tun, wenn die Rente nicht reicht?“ in einer Anmerkung über Bernd Katzenstein geschrieben, er sei auch noch als Redakteur und Moderator für den Finanzdienstleister MLP tätig. MLP legt mit Schreiben vom 21. Juli Wert auf die Feststellung: „Herr Katzenstein ist bereits seit geraumer Zeit nicht mehr für MLP tätig – weder in der Funktion eines Redakteurs, noch in der eines Moderators.“
Wir nehmen dies zur Kenntnis und geben es an unsere Leserinnen und Leser weiter.